



Stv. Wilfried Klein

Fraktionsvorsitzender

E-Mail: Wilfried.Klein@Bonn.de

Internet: www.Wilfried-Klein.de

SPD-Ratsfraktion, Markt 2, D-53111 Bonn

Offener Brief

Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Bonn
Frau Stadtverordnete Coletta Manemann

- im Hause -

SPD-Fraktion

im Rat der Stadt Bonn

Markt 2

D-53111 Bonn

Telefon: 0228/77 20 80

0228/77 38 11

Telefax: 0228/65 82 20

Internet:

www.spd-bonn-im-rat.de

E-Mail:

spd.ratsfraktion@bonn.de

Bonn, 20. Dezember 2006

Sehr verehrte Frau Manemann, *liebe Coletta,*

mit angestrengtem Interesse habe ich Ihre Pressemitteilung gelesen, in der Sie den Beschluss des Stadtrates zur Fortsetzung der Bonner Studie zur kontrollierten Heroinabgabe an Schwerstabhängige kritisieren. Sie werfen darin insbesondere der SPD fehlendes Rückgrat vor und sprechen den Autoren des Beschlusses das erforderliche Verantwortungsgefühl ab.

Erlauben Sie mir dazu eine kurze Entgegnung.

Über mein Rückgrat und das meiner Fraktion müssen Sie sich keine Gedanken machen. Das ist ordentlich ausgeprägt und im Übrigen stark genug, Verantwortung zu übernehmen. Worüber Sie sich Gedanken machen sollten ist, wie Sie es mit der Wahrhaftigkeit halten wollen, jetzt und in Zukunft.

Ihnen ist mehrfach deutlich gemacht worden, dass die SPD-Bundestagsfraktion massiv auf die Fortsetzung der Studie gedrängt und eine entsprechende Änderung des Betäubungsmittelgesetzes gefordert hat. Dazu hat es nie einen anderen Beschluss gegeben. Insofern ist auch Ihre Behauptung, die Große Koalition habe einen entsprechenden Beschluss gefasst, schlicht falsch.

Ihnen ist auch bekannt, dass insbesondere der Bonner Bundestagsabgeordnete Uli Kelber – und mit ihm zahlreiche MdBs der SPD, aber auch der CDU, aus den betroffenen Kommunen - massiv und deutlich für eine Fortsetzung der Studie interveniert hat.

Ihnen ist auch bekannt, dass die betroffenen Kommunen schon längst eine konzertierte Aktion gestartet haben, um den Gesetzgeber zu den entsprechenden erforderlichen Beschlüssen zu bewegen.

Ihnen ist auch bekannt, dass selbst in CDU-geführten Bundesländern Bundesratsinitiativen in der Diskussion und in der Vorbereitung sind, um die erforderliche Gesetzesänderung zu erreichen.

Ihrer Resolution, die Sie nun als *das* Mittel zu einer Veränderung der Gesetzeslage hochstilisieren, hat es daher nicht bedurft – zumal sie auch sachlich falsche Aussagen (siehe oben) enthalten hat.

Mieterberatung: Jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr im Alten Rathaus



Bedurft hat es im Bonner Stadtrat eines Beschlusses dazu, wie wir angesichts der aktuellen Rechtslage hier in Bonn mit dem betroffenen Personenkreis umgehen wollen, wie wir ihnen Hilfe zukommen lassen, wie wir die Verantwortung gestalten, die wir gegenüber den Patienten haben. Das hat der Stadtrat getan, das hat die SPD vorbereitet und dann mit der CDU im Stadtrat eingebracht. Dazu hätte ich von Ihnen auch gerne einen Vorschlag gesehen – aber Sie halten das ja für eine Selbstverständlichkeit.

Gut, da sind wir unterschiedlicher Auffassung. Das mag sein. Dass das bei Ihnen dann aber gleich wieder dazu führt, alle anderen als rückgratslos und verantwortungslos zu beschimpfen, ist inakzeptabel. Damit versuchen Sie sich nur – mal wieder – an parteipolitischen Profilierungsspielen; sie sind Ausdruck Ihrer Hilflosigkeit. Wir haben uns hingegen mit der konkreten Bonner Situation zu beschäftigen; das haben wir getan – so gut, dass auch die engagierten Träger das uneingeschränkt gewürdigt haben.

Das hätte Ihnen auch gut getan, wo wir doch in der Sache einer Meinung sind. Schade, dass Sie diese Chance nicht gesehen haben.

Mit freundlichen Grüßen



(Wilfried Klein)